



.Datum 19. Juni 2014
Reg.Nr. 16.05.07
Abteilung Parlamentssekretariat
Person Doris Fischli
Funktion Parlamentssekretärin
E-Mail doris.fischli@glarus-nord.ch
Direkt 058 611 70 41

Protokoll 1. Sitzung Gemeindeparlament Glarus Nord vom 19. Juni 2014 17.30 – 21.10 Uhr im Jakobsblick Niederurnen

Vorsitz Gemeindepräsident Martin Laupper
Parlamentspräsidentin Gret Menzi

Gemeindeschreiberin Andrea Antonietti Pfiffner

Protokoll Parlamentssekretärin Doris Fischli

1. Eröffnung der Amtsperiode 2014 – 2018 Durch Gemeindepräsident Martin Laupper

Gemeindepräsident Martin Laupper begrüsst alle Anwesenden herzlich zur Eröffnungssitzung der zweiten Amtsperiode des Parlamentes der Gemeinde Glarus Nord für die Legislatur 2014 – 2018. Einen speziellen Willkommensgruss richtet er an die Gäste und Medienvertreter. Mit ihrem Kommen bezeugen sie nicht nur ihr Interesse an dieser Eröffnungssitzung der Amtsperiode, sie erweisen dem Parlament auch ein Zeichen der Ehre und dafür möchte Martin Laupper herzlich danken. Er freut sich, dass er in seiner Funktion als Gemeindepräsident die 2. Amtsperiode des Gemeindeparlamentes Glarus Nord eröffnen darf.

Als erstes gratuliert Martin Laupper allen Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu Ihrer erfolgreich bestanden Wahl ins Parlament. Viele von ihnen wurden in ihrem Amt bestätigt, das heisst, erfolgreich wiedergewählt und einige sind erstmals ins Parlament gewählt worden. Er heisst deshalb alle neugewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Parlament Glarus Nord herzlich willkommen. Er hofft, dass sie sich bald im Parlament zurechtfinden und von Ihren Kolleginnen und Kollegen - davon ist er überzeugt - gut aufgenommen werden. Der Gemeinderat freut sich auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit. Allen Mitgliedern des Parlaments ist gemeinsam, dass sie ein auf vier Jahre begrenztes Mandat von den Stimmenden der Gemeinde Glarus Nord erhalten haben. Sie wurden auserwählt aus Vielen, die sich ebenfalls der Wahl ins Parlament gestellt haben. Damit wurde ihnen und ihrer Partei das Vertrauen ausgesprochen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde als gewählte Legislativbehörde nach bestem Wissen und Kräften zu vertreten. Mit der Annahme der Wahl haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier Verantwortung übernommen und Bereitschaft gezeigt, sich für die Gemeinde besonders zu engagieren. Dafür dankt ihnen Martin Laupper im Namen des Gemeinderates und der Bevölkerung herzlich.

In der bevorstehenden Amtsperiode werden gemeinsam anspruchsvolle Themen beraten. Gemeinderat und Parlament sind verpflichtet, in guter und konstruktiver Streitkultur - nicht nur, aber auch, bei unterschiedlichen Positionen - gute und tragfähige Lösungen zu suchen.

In allen Bemühungen und Überlegungen muss das Interesse des Einzelnen dem Gesamtinteresse untergeordnet bleiben. Alle engagieren sich für die Sache und im alleinigen Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger.

Die grossen politischen Herausforderungen in der vor uns liegenden Amtsperiode werden sein:

- Klärung der Frage **Parlament ja oder nein**. Selbstredend eine schwierige Fragestellung für alle, welche gerade eben neu in das Parlament oder wiedergewählt wurden und sich auf die Aufgabe freuen. Deshalb wird in dieser Diskussion vom Parlament besonders grosses Fingerspitzengefühl erwartet, steht es doch selbst auf dem demokratischen Prüfstand.
- Verfassung der Gemeinde, die sogenannte **Gemeindeordnung**. In der vergangenen Amtsperiode wurde viel Zeit und Energie aufgewendet, um unklare Rechtslagen insbesondere im Bereich der Kompetenzen zwischen den verschiedenen Organen zu klären. Eine Totalrevision ist ein Muss.
- Die bereits gestartete 3. Phase der Ortsplanung, die **eigentümergebundene Nutzungs- und Zonenplanung**. Dies wird wohl die grösste Herausforderung sein. Vorerst gilt es aber, den demokratischen Prozess der 2. Phase der Richtplanung an der Gemeindeversammlung erfolgreich zu bestehen. Darin sind u.a. auch die gewichtigen Fragestellungen enthalten, wie Fruchtfolgefleichen versus Arbeitsplatzgebiete, Verkehrsinfrastrukturen und Wachstum, etc.
- Bei all diesen grossen Themen wird uns **die finanzielle Entwicklung** in der Planung, der Budgetierung mit der Zielsetzung möglichst bald eine positive Jahresrechnung abzuschliessen, begleiten und die finanzpolitischen Rahmenbedingungen setzen.
- Auch stehen Entscheide bezüglich der **weiteren Entwicklung der Gemeinde** an. Investitionen, welche die operative Aufstellung betreffen, die sich aufgrund der Strukturreform und der allgemeinen dynamischen Entwicklung der Gemeinde generell aufdrängen, stehen an.

Es wartet also genügend Arbeit auf die Parlamentsmitglieder. Bereits heute stehen gewichtige Geschäfte auf der Traktandenliste. Martin Laupper ruft alle dazu auf, gemeinsam anzupacken in der ihnen zugeordneten politischen Rolle und Aufgabe und die für unsere Gemeinde bestmöglichen Entscheide zu finden. Es darf nicht vergessen werden: Im Zentrum steht der Bürger resp. die Bürgerin, dies muss das Motto für die bevorstehende Amtsperiode sein.

Martin Laupper wünscht allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern für ihre Aufgabe viel Kraft, Erfolg und Freude sowie für alle den Mächtschutz Gottes. Damit erklärt er die Amtsperiode 2014 - 2018 als eröffnet.

2. Feststellung der Präsenz

Anrede	Vorname	Name	Adresse	PLZ	Ort	Partei	abwesend
Herr	Daniel	Bär	Bahnhofstrasse 6	8868	Oberurnen	SVP	
Herr	Christian	Beglinger	Kännelstrasse 28	8753	Mollis	GLP	
Frau	Marianne	Blumer	Mättlistrasse 28	8867	Niederurnen	SP	
Frau	Madlaina	Brugger	Oberdorfstrasse 44	8753	Mollis	Grüne	
Herr	Fridolin	Dürst	Burg 18	8758	Obstalden	FDP	
Herr	Max	Eberle	Ennetgiessen 10	8752	Näfels	BDP	
Herr	Peter	Gallati	Am Linthli 28	8752	Näfels	FDP	
Herr	Adrian	Hager	Rautiweg 5	8867	Niederurnen	SVP	
Herr	Alfred	Hefti	Müligaden 1	8753	Mollis	SVP	
Herr	Andreas	Hefti	Linthlistrasse 3	8868	Oberurnen	SVP	
Herr	Hanspeter	Hertach	Mättlistrasse 2	8867	Niederurnen	SVP	
Herr	Hans	Hösli	Rütelistrasse 5	8753	Mollis	SVP	
Herr	Thomas	Huber	Hauptstrasse 41b	8867	Niederurnen	CVP	
Herr	Peter	Kistler	Rosenbordstrasse 18	8867	Niederurnen	SP	
Herr	Kurt	Krieg	Bleichi 1	8867	Niederurnen	SVP	
Herr	Franz	Landolt	Bachdörfli 2	8752	Näfels	GLP	
Herr	Martin	Landolt-Meier	Mühle 21b	8752	Näfels	SVP	
Herr	Daniel	Landolt-Tremp	Escherstrasse 10	8752	Näfels	CVP	
Frau	Gabriela	Meier Jud	Sagengüetli 1	8867	Niederurnen	FDP	
Frau	Gret	Menzi	Seergarten 6	8874	Mühlehorn	BDP	
Herr	Jürg	Menzi	alte Kerenzerstr. 37	8758	Obstalden	SVP	
Frau	Priska	Müller Wahl	Schützengartenstr. 8	8867	Niederurnen	Grüne	
Frau	Margrit	Neeracher	Kärpfstrasse 35	8868	Oberurnen	CVP	
Frau	Rita	Nigg	Mattstrasse 7	8865	Bilten	CVP	
Herr	Patrik	Noser	Landstrasse 49	8868	Oberurnen	CVP	
Frau	Ann-Kristin	Peterson	Mühlehoschet 3	8867	Niederurnen	Grüne	
Herr	Luca	Rimini	Im Grüetli 40	8868	Oberurnen	BDP	
Frau	Cornelia	Schmid	Käsernhoschet 8	8865	Bilten	FDP	
Frau	Elisabeth	Schnyder	Wiesenstrasse 5	8865	Bilten	SVP	
Frau	Karin	Stüssi	Löwenstrasse 10	8867	Niederurnen	SVP	
Frau	Katia	Weibel Fischli	Gerbi 30	8752	Näfels	SP	
Herr	Christoph	Zürrer	Oberdorfweg 18	8753	Mollis	SP	
Herr	Christoph	Zwicky	untere Bitzi 20	8758	Obstalden	SP	X

Präsenz

32 Parlamentarier/-innen sind anwesend, die Beschlussfähigkeit gemäss Art. 10 der Parlamentsordnung ist somit festgestellt.

Martin Laupper hält fest, dass die Traktanden und die entsprechenden Unterlagen für die heutige Parlamentssitzung rechtzeitig zugestellt wurden.

Die heutige **Traktandenliste** umfasst 14 Traktanden:

1. Eröffnung der Amtsperiode 2014 – 2018
2. Feststellung der Präsenz
3. Bestellung des provisorischen Büros
4. Bericht über die Erneuerungswahl des Gemeindeparlamentes (Validierung)
(Formular 5b Ihres betreffenden Wahlkreises liegt bei; restliche Protokolle werden per Mail zugestellt)
5. Wahlen:
 - a) Präsident
 - b) Vize-Präsident
 - c) 3 Büromitglieder
6. Wahl Finanzaufsichtskommission (ständige Kommission):
 - a) Präsident
 - b) 6 Mitglieder
 - c) 6 Ersatzmitglieder
7. Wahl Geschäftsprüfungskommission (ständige Kommission):
 - a) Präsident
 - b) 4 Mitglieder
 - c) 5 Ersatzmitglieder
8. Bau-, Richtplanungs- und Verkehrskommission (ständige Kommission):
 - a) Präsident
 - b) 6 Mitglieder
 - c) 6 Ersatzmitglieder
9. Legislaturplanung 2014 – 2018
(Antrag Gemeinderat 08.05.2014)
10. Interpellation Baugenehmigungsverfahren prov. Werkhalle Marengo
(Antwort Gemeinderat 05.06.2014; Interpellation)
11. Genehmigung eines Verpflichtungskredits von brutto CHF 600'000 für den Neubau der Waldstrasse, 1. Etappe Fooplanggen – Unterer Nüen, Mollis
(Antrag Gemeinderat 24.04.2014; Technischer Bericht; Übersichtsplan Gesamtprojekt; Bauplan 1. Etappe, Bericht BRVK 23.05.2014)
12. Regelung Vertragsbedingungen Betreiberin Flugplatz Glarus Nord/Mollis
(Antrag Gemeinderat 28.05.2014)
13. Reduktion der Arbeitsplatzgebiete gemäss GRIP
(Antrag Gemeinderat 27.05.2014)
14. Umfrage

Bereinigung der Traktandenliste

Das Wort wird nicht verlangt. Somit wird die 1. Parlamentssitzung der neuen Amtsperiode 2014 – 2018 nach den vorgelegten Traktanden durchgeführt.

Die Parlamentsmitglieder werden auf der Stufe Gemeinde nicht vereidigt.

3. Bestellung des provisorischen Büros

Gemeindepräsident Martin Laupper bestimmt die Stimmzähler und eröffnet damit das provisorische Büro. Es sind dies nach Absprache folgende ehemalige Parlamentspräsidenten/innen:

- Adrian Hager, Niederurnen, SVP
- Katja Weibel, Näfels, SP
- Conny Schmid, Bilten, FDP

Die drei genannten Stimmzähler nehmen ihre dafür bestimmten Plätze ein. Damit ist das provisorische Büro bestellt.

4. Bericht über die Erneuerungswahl des Gemeindeparlamentes (Validierung)

Gemeindepräsident Martin Laupper stellt fest:

- Das Protokoll vom 1. Juni 2014 über die Neuwahl des Gemeindeparlamentes liegt vor;
- es sind keine Beschwerden eingegangen;
- es liegen auch keine Rückzüge von Gewählten vor;
- die Parlamentswahlen sind damit korrekt erfolgt und rechtsgültig.

Das Parlament ist somit konstituiert. Martin Laupper bedankt sich bei dieser Gelegenheit für die gute Arbeit des Wahlbüros und gratuliert den Gewählten nochmals herzlich zu Ihrer Wahl.

5. Wahlen

a) Parlamentspräsident/-in

Die Wahl des Parlamentspräsidenten wird durch Gemeindepräsident Martin Laupper durchgeführt und erfolgt geheim.

Die einzig vorgeschlagene Gret Menzi, Mühlehorn, BDP, begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel	31
Eingelangte Wahlzettel	31
Leer	0
Ungültig	0
Gültig	31
Absolutes Mehr	16
Gewählt ist	<u>Gret Menzi mit 31 Stimmen</u>

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Teilt Gret Menzi das Ergebnis mit. Er gratuliert der neu gewählten Parlamentspräsidentin Gret Menzi herzlich zu ihrer ehrenvollen Wahl und wünscht ihr im Namen aller Anwesenden in ihrem Amtsjahr viel Erfolg, Geduld und Schaffenskraft. Die Wahl von Gret Menzi ist auch eine grosse Ehre für ihren Wohnort. Das Dorf Mühlehorn darf stolz sein auf seine Mitbürgerin.

Damit übergibt Martin Laupper das Zepter, resp. den Blumenstrauss, an die frischgewählte Parlamentspräsidentin Gret Menzi.

Parlamentspräsidentin Gret Menzi

Bedankt sich für die ehrenvolle Wahl und das ihr geschenkte Vertrauen. Gret Menzi erklärt Annahme der Wahl.

Weiter dankt sie Gemeindepräsident Martin Laupper für die Eröffnung der 1. Parlamentssitzung der 2. Legislatur der Gemeinde Glarus Nord. Allen Mitgliedern des Parlaments gratuliert sie zur Wahl in das Gemeindeparlament Glarus Nord. Gret Menzi ist überzeugt, dass ein spannendes Jahr bevorsteht. Sie hofft, dass nun von ihr keine „staatsfräuliche“ Ansprache erwartet wird, dies auch in Anbetracht der vorliegenden Traktandenliste.

Gret Menzi bedankt sich vor allem auch bei ihrer Vorgängerin, Conny Schmid. Besonders in persönlicher Hinsicht hatte sie kein einfaches Jahr. Seit einem Unfall Ende letzten Jahres war Conny handycapiert. Dabei hat sie jedoch immer ihre Arbeit für das Parlamentspräsidium wahrgenommen und bestens ausgeführt. Erst Mitte März 2014 musste sie sich infolge gesundheitlicher Komplikationen zurückziehen, was sie sehr bedauert hat. Leider konnte Conny dadurch ihr Amtsjahr nicht zu Ende führen. Für ihren grossen Einsatz dankt ihr Gret Menzi ganz herzlich und gibt gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, dass die Heilung weiter voranschreitet und Conny bald wieder mit Leidenschaft ihrem grossen Hobby im Revier nachgehen kann. Nach diesen persönlichen Worten überreicht Gret Menzi ihrer Vorgängerin einen Blumenstrauss.

Conny Schmid, Bilten, FDP

Dankt Gret Menzi ihrerseits für die grosse Unterstützung vor allem zum Ende ihrer Amtszeit. Dankesworte richtet Conny Schmid auch an alle Büromitglieder, Gemeindeschreiberin Andrea Antonietti und Parlamentssekretärin Doris Fischli. Allen Widrigkeiten zum Trotz blickt Conny Schmid auf ein interessantes und gutes Amtsjahr zurück und dafür dankt sie allen Parlamentsmitgliedern ganz herzlich. Dem neugewählten Parlament wünscht sie alles Gute, viel Erfreuliches und vor allem gute Gesundheit. Zum Schluss übergibt Conny Schmid ihrer Nachfolgerin den Parlamentsstempel sowie ein süsses „Bettmümpfeli“.

Gret Menzi, Parlamentspräsidentin

Die Parlamentsordnung dürfte allen Parlamentsmitgliedern bekannt sein. Da Gret Menzi nun als Vorsitzende die Aufsicht über deren Einhaltung auszuüben hat, zitiert sie folgende Artikel aus dem Kapitel *Pflichten und Rechte der Parlamentsmitglieder*.

Art. 57 Teilnahmepflicht

- 1. Die Parlamentsmitglieder nehmen an den Sitzungen des Parlamentes und der Parlamentsorgane, denen sie angehören, teil.*
- 2. Bei Verhinderung entschuldigen sie sich rechtzeitig beim zuständigen Präsidenten.*

Gret Menzi ergänzt, dass Entschuldigungen auch dem Parlamentssekretariat bekannt zu geben sind.

Art. 58 Verhalten

- 1. Die Mitglieder des Parlamentes sollen sich bei den Verhandlungen der Würde des Parlamentes entsprechend verhalten und dies auch durch schickliche Kleidung zum Ausdruck bringen.*

Anmerkung der Vorsitzenden: Bei einem Blick in den Saal konnte sie feststellen, dass dieser Punkt heute erfüllt wurde.

- 2. Die Mitglieder des Parlamentes sind gehalten, sich in die Aufsichts- und Sachaufgaben einzuarbeiten.*

Im Weiteren empfiehlt die Vorsitzende allen Parlamentsmitgliedern das Studium des *Leitfaden für die gute Zusammenarbeit der politischen Organe der Gemeinde Glarus Nord*. Dieses Dokument kann beim Parlamentssekretariat bezogen werden.

b) Parlamentsvizepräsident/-in

Die Wahl des Parlamentsvizepräsidenten erfolgt geheim. Die einzig vorgeschlagene Margrit Neeracher, Oberurnen, CVP, begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel	31
Eingelangte Wahlzettel	31
Leer	0
Ungültig	0
Gültig	31
Absolutes Mehr	16
Gewählt ist	<u>Margrit Neeracher mit 31 Stimmen</u>

Parlamentspräsidentin Gret Menzi gratuliert der frischgewählten Vizepräsidentin Margrit Neeracher mit einem Blumenstraus und bittet sie, den Platz an ihrer linken Seite einzunehmen.

c) 3 Büromitglieder

Gemäss Art. 22 der Parlamentsordnung wählt das Parlament alljährlich aus seiner Mitte die Büromitglieder. Die erstmalige Wahl ins Büro erfolgt geheim. Im Übrigen werden die Büromitglieder offen gewählt, es sei denn, das Parlament beschliesst geheime Wahlen.

Die bisherigen Büromitglieder Hanspeter Hertach und Ann-Kristin Peterson rücken nach und können in globo gewählt werden.

Mit diesem Vorgehen ist das Parlament einverstanden und die beiden bisherigen Büromitglieder begeben sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig

Als 1. Büromitglied: Hanspeter Hertach, Niederurnen, SVP

Als 2. Büromitglied: Ann-Kristin Peterson, Niederurnen, Grüne

Parlamentspräsidentin Gret Menzi gratuliert den beiden Büromitgliedern Hanspeter Hertach und Ann-Kristin Peterson zu ihrer Wahl und überreicht beiden einen Blumenstraus.

Das 3. Büromitglied wird erstmalig ins Büro gewählt, die Wahl erfolgt deshalb geheim. Der einzig vorgeschlagene Christoph Zürrer, Mollis, SP, begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Ausgeteilte Wahlzettel	31
Eingelangte Wahlzettel	31
Leer	0
Ungültig	0
Gültig	31
Absolutes Mehr	16
Gewählt ist	<u>Christoph Zürrer mit 31 Stimmen</u>

Parlamentspräsidentin Gret Menzi gratuliert dem neugewählten Büromitglied Christoph Zürrer mit einem Blumenstraus.

Die Vorsitzende dankt den provisorischen Büromitgliedern für ihre wertvolle Mitarbeit als Stimmzähler und bittet sie, sich wieder zu ihren Plätzen zu begeben. Das Parlamentsbüro ist nun komplett und die gewählten Büromitglieder nehmen ihre Plätze auf dem Podest ein.

Wahlen in ständige Kommissionen

6. Wahl Finanzaufsichtskommission (FAK):

Die Wahlen in die ständigen Kommissionen werden gemäss Parlamentsordnung Art. 26 Abs. 2 offen vorgenommen. Geheime Wahlen werden vom Parlament nicht verlangt.

In Art. 28 der Parlamentsordnung ist die Amtsdauer und Amtszeitbeschränkung geregelt:

- 1. Die Amtsdauer in den ständigen Kommissionen beträgt 4 Jahre.*
- 2. Einer ständigen Kommission gemäss Art. 37 der Parlamentsordnung kann ein Mitglied höchstens während zwölf Jahren angehören, wovon höchstens vier als Präsident. Bei der Berechnung der Amtsdauer wird ein angebrochenes Amtsjahr nicht gezählt. Für die Amtszeitbeschränkung fällt die Ersatzmitgliedschaft ausser Betracht.*

Art. 29 der Parlamentsordnung regelt die Zusammensetzung der ständigen Kommissionen:

- 1. Bei der Bestellung der ständigen Kommissionen hat das Parlament auf die zahlenmässige Stärke der Fraktionen zu achten. Jede Fraktion hat Anspruch auf Vertretung in jeder ständigen Kommission.*

a) Präsident

Der einzig vorgeschlagene Adrian Hager, Niederurnen, SVP, begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Adrian Hager als Präsident der Finanzaufsichtskommission.

Anmerkung von Parlamentspräsidentin Gret Menzi: Adrian Hager wurde per 1. Juli 2013 als Präsident der FAK gewählt, er kann dieses Amt noch weitere 3 Jahre ausüben.

b) 6 Mitglieder

Die bisherigen Mitglieder Rita Nigg, Bilten, CVP, Luca Rimini, Oberurnen, BDP und Gabriela Meier Jud, Niederurnen, FDP stellen sich zur Wiederwahl. Das Büro beantragt, dass die bisherigen Mitglieder in der Kommission nachrücken und in globo gewählt werden.

Mit diesem Vorgehen ist das Parlament stillschweigend einverstanden und die 3 bisherigen Kommissionsmitglieder begeben sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Rita Nigg, Luca Rimini und Gabriela Meier als Mitglieder in die FAK.

Als 4. Kommissionsmitglied wird einzig Priska Müller Wahl, Niederurnen, Grüne, vorgeschlagen. Sie begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Priska Müller Wahl als 4. Mitglied in die FAK.

Als 5. Kommissionsmitglied wird einzig Peter Kistler, Niederurnen, SP, vorgeschlagen. Er begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Peter Kistler als 5. Mitglied in die FAK.

Als 6. Kommissionsmitglied wird einzig Hans Hösli, Mollis, SVP, vorgeschlagen. Er begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Hans Hösli als 6. Mitglied in die FAK.

c) 6 Ersatzmitglieder

Die bisherigen Ersatzmitglieder Elisabeth Schnyder, Bilten, SVP, Christoph Zürcher, Mollis, SP, Fridolin Dürst, Obstalden, FDP und Max Eberle, Näfels, BDP stellen sich zur Wiederwahl. Das Büro beantragt, dass die bisherigen Ersatzmitglieder in der Kommission nachrücken und in globo gewählt werden. Mit diesem Vorgehen ist das Parlament stillschweigend einverstanden und die 4 bisherigen Ersatzmitglieder der FAK begeben sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Elisabeth Schnyder, Christoph Zürcher, Fridolin Dürst und Max Eberle als Ersatzmitglieder in die FAK.

Als 5. Ersatzmitglied in die FAK wird einzig Thomas Huber, Niederurnen, CVP, vorgeschlagen. Er begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Thomas Huber als 5. Ersatzmitglied in die FAK.

Als 6. Ersatzmitglied mit die FAK wird einzig Ann-Kristin Peterson, Niederurnen, Grüne, vorgeschlagen. Sie begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Ann-Kristin Peterson als 6. Ersatzmitglied in die FAK.

Parlamentspräsidentin Gret Menzi stellt fest, dass die Finanzaufsichtskommission somit komplett ist.

7. Wahl Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Ständige Kommission gemäss Gemeindeordnung Art. 27 und Parlamentsordnung Art. 37 und Art. 40. Art. 27 der Gemeindeordnung besagt, dass die GPK aus einem Präsidenten und vier Mitgliedern besteht.

a) Präsident

Die Wahl des Präsidiums wird durch Vizepräsidentin Margrit Neeracher durchgeführt.

Die einzig vorgeschlagene Gret Menzi, Mühlehorn, BDP, begibt sich in den Ausstand.

Anmerkung der Vizepräsidentin: Gret Menzi wurde per 1. Dezember 2013 als Präsident der GPK gewählt, sie kann für dieses Amt gemäss Parlamentsordnung Art. 28 Abs. 2 für weitere 4 Jahre gewählt werden.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Gret Menzi als Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission.

b) 4 Mitglieder

Die bisherigen Mitglieder Peter Gallati, Näfels FDP, Hanspeter Hertach, Niederurnen, SVP und Patrik Noser, Oberurnen, CVP stellen sich zur Wiederwahl. Das Büro beantragt, dass die bisherigen Mitglieder in der Kommission nachrücken und in globo gewählt werden.

Mit diesem Vorgehen ist das Parlament stillschweigend einverstanden und die 3 bisherigen Kommissionsmitglieder begeben sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Peter Gallati, Hanspeter Hertach und Patrik Noser als Mitglieder in die GPK.

Als 4. Kommissionsmitglied wird einzig Katia Weibel, Näfels, SP, vorgeschlagen. Sie begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Katia Weibel als 4. Mitglied in die GPK.

c) 5 Ersatzmitglieder

Von den bisherigen Ersatzmitgliedern hat sich niemand zur Wiederwahl zur Verfügung gestellt. Die Wahl erfolgt für jedes Ersatzmitglied einzeln.

Als 1. Ersatzmitglied wird einzig Karin Stüssi, Niederurnen, SVP, vorgeschlagen. Sie begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Karin Stüssi als 1. Ersatzmitglied in die GPK.

Als 2. Ersatzmitglied wird einzig Daniel Landolt, Näfels, CVP, vorgeschlagen. Er begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Daniel Landolt als 2. Ersatzmitglied in die GPK.

Als 3. Ersatzmitglied wird einzig Marianne Blumer, Niederurnen, SP, vorgeschlagen. Sie begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Marianne Blumer als 3. Ersatzmitglied in die GPK.

Als 4. Ersatzmitglied wird einzig Cornelia Schmid, Bilten, FDP, vorgeschlagen. Sie begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Cornelia Schmid als 4. Ersatzmitglied in die GPK.

Das 5. Ersatzmitglied für die GPK müsste die BDP stellen. Gemäss Art. 26 Abs. 5 der Parlamentsordnung darf ein Parlamentsmitglied nicht mehr als einer Aufsichtskommission angehören, auch nicht als Ersatzmitglied. Es ist deshalb der BDP nicht möglich, ein Ersatzmitglied zur Wahl vorzuschlagen. Nach Absprache mit den Fraktionen wird vorläufig das Ersatzmitglied der FDP auch als Ersatzmitglied für die BDP amten.

8. Wahl Bau-, Raum- und Verkehrsplanungskommission (BRVK)

Ständige Kommission gemäss Parlamentsordnung Art. 37 und Art. 40.

a) Präsident/-in

Die bisherige Präsidentin Ann-Kristin Peterson hat dieses Amt vier Jahre ausgeübt. Gemäss Art. 28 Abs. 2 der Parlamentsordnung kann sie nicht wiedergewählt werden. Sie wird sich aber weiterhin für die Grünen als Kommissionsmitglied zur Verfügung stellen. Die Vorsitzende dankt Ann-Kristin Peterson herzlich für die grosse Arbeit, welche sie als Kommissionspräsidentin geleistet hat. Die BRVK war eine der Kommissionen, die aufgrund der anstehenden Geschäfte in den letzten vier Jahren am meisten getagt hat.

Der einzig vorgeschlagene Christoph Zwicky, Obstalden, SP, hat sich für die heutige Sitzung aufgrund Landesabwesenheit entschuldigt. Mit einer allfälligen Wahl hat er sich jedoch einverstanden erklärt.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Christoph Zwicky als Präsident der BRVK.

b) 6 Mitglieder

Von den bisherige Mitgliedern der BRVK stellen sich Daniel Landolt, Näfels, CVP, Kurt Krieg, Niederurnen, SVP, Max Eberle, Näfels, BDP, Fridolin Dürst, Obstalden, FDP und Ann-Kristin Peterson, Niederurnen, Grüne, zur Wiederwahl. Das Büro beantragt, dass die bisherigen Mitglieder in der Kommission nachrücken und in globo gewählt werden.

Adrian Hager, Niederurnen, SVP

Beantragt, alle Kommissionsmitglieder einzeln zu wählen.

Beschluss

Das Parlament beschliesst gemäss Antrag von Adrian Hager mehrheitlich, die Wahlen der Mitglieder in die BRVK einzeln durchzuführen.

Als 1. Mitglied wird einzig Daniel Landolt, Näfels, CVP, vorgeschlagen. Er begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Daniel Landolt als 1. Mitglied in die BRVK.

Als 2. Mitglied wird einzig Kurt Krieg, Niederurnen, SVP, vorgeschlagen. Er begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Kurt Krieg als 2. Mitglied in die BRVK.

Als 3. Mitglied wird einzig Max Eberle, Näfels, BDP, vorgeschlagen. Er begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Die Stimmen werden ausgezählt. Von 26 gültigen Stimmen erhält Max Eberle 9 Stimmen, das absolute Mehr von 14 wird nicht erreicht. Der Sitz in der BRVK bleibt vorläufig vakant. Das Büro wird das weitere Vorgehen festlegen.

Als 3. Mitglied wird einzig Fridolin Dürst, Obstalden, FDP, vorgeschlagen. Er begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Fridolin Dürst als 3. Mitglied in die BRVK.

Als 4. Mitglied wird einzig Ann-Kristin Peterson, Niederurnen, Grüne, vorgeschlagen. Sie begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Ann-Kristin Peterson als 4. Mitglied in die BRVK.

Als 5. Mitglied wird einzig Martin Landolt, Näfels, SVP, vorgeschlagen. Er begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Martin Landolt als 5. Mitglied in die BRVK.

c) 6 Ersatzmitglieder

Die bisherigen Ersatzmitglieder Margrit Neeracher, Oberurnen, CVP und Peter Gallati, Näfels, FDP stellen sich zur Wiederwahl. Das Büro beantragt, dass die bisherigen Mitglieder in der Kommission nachrücken und in globo gewählt werden. Mit diesem Vorgehen ist das Parlament stillschweigend einverstanden und die 2 bisherigen Ersatzmitglieder begeben sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Margrit Neeracher und Peter Gallati als Ersatzmitglieder in die BRVK.

Als 3. Ersatzmitglied wird einzig Luca Rimini, Oberurnen, BDP, vorgeschlagen. Er begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt einstimmig Luca Rimini als 3. Ersatzmitglied in die BRVK.

Als 4. Ersatzmitglied wird einzig Marianne Blumer, Niederurnen, SP, vorgeschlagen. Sie begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt mehrheitlich Marianne Blumer als 4. Ersatzmitglied in die BRVK.

Als 5. Ersatzmitglied wird einzig Priska Müller Wahl, Niederurnen, Grüne, vorgeschlagen. Sie begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt mehrheitlich Priska Müller Wahl als 5. Ersatzmitglied in die BRVK.

Als 6. Ersatzmitglied wird einzig Daniel Bär, Oberurnen, SVP, vorgeschlagen. Er begibt sich in den Ausstand.

Wahlergebnis

Das Parlament wählt mehrheitlich Daniel Bär als 6. Ersatzmitglied in die BRVK.

Parlamentspräsidentin Gret Menzi gratuliert allen Gewählten und wünscht ihnen viel Freude und Befriedigung in ihrem Amt.

9. Legislaturplanung 2014 - 2018

(Bericht Gemeinderat 08.05.2014)

Für die Beratung des Geschäftes ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Eintretensdebatte
- Detailberatung
- Schlussabstimmung

Hans Hösli, Mollis, SVP

Vergewissert sich, dass der Legislaturplan nur angenommen, zurückgewiesen oder abgelehnt werden kann und Änderungsanträge nicht möglich sind.

Parlamentspräsidentin Gret Menzi

Die Gemeindeordnung hält in Art. 32 Abs. 4 e) unter „Sachgeschäfte und Finanzkompetenzen“ fest, dass das Gemeindeparlament für die Genehmigung von Finanzplan und anderen strategischen Planungen, die für Gemeinderat und Parlament begleitend sind, zuständig ist. Die Legislaturplanung ist für den Gemeinderat und die Geschäftsleitung das oberste Führungs- und Planungsinstrument, deshalb fällt es unter die Bestimmungen des vorgenannten Artikels. Aus diesem Grund ist die Planung der Legislaturperiode 2014 – 2018 durch das Gemeindeparlament zu genehmigen.

Analog den Beratungen im Landrat kann das Parlament die Legislaturplanung nur genehmigen, nicht genehmigen oder zurückweisen. Wenn der Gemeinderat jedoch etwas Wichtiges in der Planung nicht berücksichtigt hat, kann das Parlament Bedingungen stellen. Der Entscheid, wie mit diesen Bedingungen umgegangen wird, liegt dann beim Gemeinderat. Aufgrund dessen wird heute nicht über Änderungsanträge abgestimmt. Die Legislaturplanung kann diskutiert und Wünsche können angebracht werden. Am Schluss beschliesst das Parlament jedoch nur über Annahme, Ablehnung oder Rückweisung.

Eintretensdebatte

Keine Wortmeldung, die Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung

Der Bericht des Gemeinderates wird abschnittsweise beraten.

1. Ressort Präsidiales, Kanzlei

Keine Wortmeldung

2. Ressort Präsidiales, Personal

Patrik Noser, Oberurnen, CVP

Im Namen der CVP-Fraktion äussert Patrik Noser den Wunsch, das Legislaturziel „Überprüfung IT-Lösung mit GL³“ höher einzustufen und den Termin auf 2015 vorzuverlegen.

Immer wieder weisen Mitarbeitende aus diversen Ressorts darauf hin, dass die Informatikmittel und Dienstleistungen ungenügend sind. Beispielsweise sind die Antwortzeiten bei gewissen Tätigkeiten unzumutbar und die Anwendungen ungeeignet. Über den Vertrag wird auch in der GPK diskutiert.

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Bestätigt, dass der laufende Vertrag mit GL³ im 2016 ausläuft und dass im vereinbarten Gesamtpaket eine standardisierte Software enthalten ist. Diese Standardpakete sind aufgrund des gemeinsamen Vorgehens mit den beiden anderen Gemeinden koordiniert. GL³ bietet nicht nur horizontal sondern auch vertikal mit dem Kanton IT-Lösungen auf standardisiertem Niveau. Bei einem Ausstieg würde ein grosses Projekt, welches den ganzen Kanton betrifft, gefährdet. Die 3 Gemeinden verfügen zusammen mit dem Kanton über ein IT-Board mit der Zielsetzung, eine möglichst effiziente standardisierte EDV-Lösung für die Gemeinden und den Kanton zu harmonisieren. Die Unternehmung GL³ gehört den drei Gemeinden mit je einem Anteil von 25 % und dem Kanton mit ebenfalls einem Anteil von 25 %. Es handelt sich also um unsere eigene Unternehmung, welche für uns Dienstleistungen erbringt.

Betreffend Priorisierung kann Martin Laupper bestätigen, dass sich der Gemeinderat sehr intensiv mit diesem Thema befasst. Die Mitarbeitenden müssen jedoch auch zur Kenntnis nehmen, dass die Gemeinde nicht bereit ist, grosse Spezial-Programmierungen zu finanzieren, welche die Bedürfnisse auf einem anderen Niveau abdecken würden. Dies führt natürlich vor allem bei Mitarbeitenden, welche mit diesen Programmen bereits gearbeitet haben, zu einer gewissen Unzufriedenheit.

Martin Laupper ist überzeugt, dass der Weg insgesamt gut und auch kostenmässig sehr interessant ist. Mit der gewählten Lösung betragen die Kosten pro Arbeitsplatz nur gut die Hälfte eines durchschnittlichen IT-Arbeitsplatzes. Bei einem Ausstieg würden diese Kosten unweigerlich ansteigen. Selbstverständlich ist der Gemeinderat sehr aufmerksam gegenüber dem Dienstleister, da auch seinerseits eine Erwartungshaltung vorhanden ist.

3. Ressort Präsidiales, Finanzen

Adrian Hager, Niederurnen, SVP

Im Namen der SVP-Fraktion beantragt Adrian Hager eine Teilrückweisung zu diesem Punkt. In den Leitsätzen werden klare Aussagen zu einer ausgeglichenen Erfolgsrechnung und zu den Finanzkennzahlen gewünscht. Er verweist dabei auf die Legislaturplanung 2010 – 2014, welche diese Aussagen bereits enthielt.

Der Leitsatz „Wir gehen haushälterisch mit unseren finanziellen Mitteln um“ ist etwas schwammig formuliert. Vom zweiten Teil „und wollen keine Nettoschulden“ ist die Gemeinde weit entfernt. Der letzte Abschluss wies ein Nettovermögen auf, insofern ist dieser Leitsatz nicht sehr realistisch.

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Sieht im Wunsch der SVP kein Problem, in der Zielsetzung ist man sich einig. Eine Teilrückweisung hält er jedoch für unverhältnismässig.

Einerseits ist eine Motion zum Thema Schuldenbremse hängig, diese wird im Herbst 2014 zur Diskussion gebracht. Zum anderen werden im Herbst Finanzplan und Budget vorliegen. Die Finanzplanung ist ein mittelfristiges Instrument, es besteht die Möglichkeit, auf die entsprechenden Themen Einfluss zu nehmen. Die Instrumente sind also vorhanden und werden in den nächsten Monaten dem Parlament zur Diskussion unterbreitet. Martin Laupper empfiehlt deshalb, von einer Teilrückweisung abzusehen.

Beschluss

Das Parlament lehnt den Teilrückweisungsantrag der SVP mit 14 : 10 Stimmen ab.

4. Ressort Präsidiales, Kommunikation

Keine Wortmeldung

5. Ressort Präsidiales, Wohnort- und Wirtschaftsförderung

Keine Wortmeldung

6. Ressort Präsidiales, Tourismus

Keine Wortmeldung

7. Ressort Bildung

Keine Wortmeldung

8. Ressort Gesundheit, Jugend und Kultur

Priska Müller Wahl, Niederurnen, Grüne

Anmerkung zum Leitsatz „Wir tragen Sorge zum kulturellen Erbe und fördern zudem eine neue Identität Glarus Nord“:

Momentan ist die Erstellung des Inventar für Natur- und Heimatschutzobjekte von lokaler Bedeutung in Erarbeitung. Es ist wichtig, dass dieses jetzt fertiggestellt wird um als Grundlage für die neue Nutzungsplanung, welche für 2014/2015 terminiert ist, zu dienen.

Bei diesem Inventar geht es um kleinere Objekte wie Denkmäler, einzelne Häuser mit spezieller Geschichte, markante Brunnen, welche alle einen Beitrag zur Lokalgeschichte und Identität beitragen. Ebenfalls kann es sich um wertvolle Hecken oder markante Bäume handeln, welche einem Ortsteil ein spezielles Gesicht verleihen. Solche „Perlen“ sind heute sehr unterschiedlich erfasst. In einigen Gemeinden wie Mollis war ein aktuelles Inventar im Nutzungsplan integriert. Einige Ortsteile führten Listen über diese Objekte und in anderen Ortsteilen fehlte eine Auflistung völlig. Es ist eine wichtige Aufgabe der Gemeinde, dieses Inventar zu erstellen und es ist sinnvoll, diese Arbeit noch vor der Nutzungsplanung auszuführen. Priska Müller Wahl ist der Meinung, dass dieses Projekt eine spezielle Erwähnung verdient hätte, es handelt sich dabei nicht einfach um die alltägliche Arbeit im Bereich Kultur. Diese Aufgabe ist jedoch nicht nur eine Pflicht für die Gemeinde sondern stellt auch einen wichtigen Faktor für Naherholung und Siedlungsqualität dar. Eine qualitativ gute Verdichtung bedeutet auch, in der Nähe des Siedlungsraums auch mit kleinen Elementen Aufwertungen zu machen. Die jetzt noch vorhandenen Objekte müssen aktualisiert, ins Inventar aufgenommen und damit für die Nutzungsplanung verbindlich gemacht werden. Es ist ihr ein grosses Anliegen, dass nicht länger zugewartet, sondern die grosse Aufgabe jetzt in Angriff genommen wird. Alles andere wäre ineffizient und hätte Rechtsunsicherheiten zur Folge.

Marco Kistler, Gemeinderat

Es kann nicht grundsätzlich als falsch bezeichnet werden, wenn diesbezüglich die Ergebnisse des Kantons abgewartet wurden. Der Kanton hat sämtliche Schutzobjekte zusammengefasst und eine Gesamtübersicht erstellt. Darin sind tausende von Objekten in Glarus Nord aufgeführt, welche aus Sicht von Bund und Kanton schutzbedürftig oder von lokaler Bedeutung sind. Auf dieser Grundlage kann nun geprüft werden, inwiefern ein weiterer Aufbau möglich ist und ob eventuell Lücken vorhanden sind. Es ist unbestritten, dass diesbezüglich noch grosse Arbeiten zu erledigen sind.

9. Ressort Sicherheit

Keine Wortmeldung

10. Ressort Wald und Landwirtschaft

Keine Wortmeldung

11. Ressort Bau und Umwelt

Thomas Huber, Niederurnen, CVP

Im Namen der CVP-Fraktion äussert Thomas Huber den Wunsch, die Massnahme im Abschnitt Tiefbau „Aktive Begleitung, Planen und Erstellen zentraler Werkhof“ in die II. Priorität zurückzustufen und den Termin auf 2016 – 2018 zu verschieben.

Die Fraktion ist sich bewusst, dass ein zentraler Werkhof wünschbar ist und diverse Vorteile aufweisen würde. Die Gemeindeversammlung wird jedoch nach der Ablehnung des zentralen Forstwerkhofs im letzten November, kaum einen Kredit für einen zentralen Werkhof für Bau und Umwelt in den nächsten Jahren bewilligen. Im Finanzplan ist kein Betrag für einen zentralen Werkhof vorgesehen. Die Fraktion ist überzeugt, dass mit einer effizienten und schlanken Organisation und klaren Aufgabenzuteilungen die anstehenden Aufgaben mit den vorhandenen Infrastrukturen bewältigt werden können.

Franz Landolt, Näfels, GLP

Unterstützt die Anregung der CVP-Fraktion und empfiehlt dem Ressort Bau und Umwelt im Weiteren, sich über die Priorisierung Gedanken zu machen.

Im Allgemeinen, aber insbesondere im Ressort Bau und Umwelt, sind die meisten Massnahmen mit Priorität I. und einige wenige mit Priorität II. aufgeführt, Priorität III. ist nicht mehr vorhanden. Alles mit Priorität I. einzustufen darf nicht die Zielsetzung sein. Damit würde eine Priorisierung im Grunde überflüssig.

Hans Hösli, Mollis, SVP

Zur Massnahme „Zusammenlegen der Fachstelle Wasser und Abwasser“:

Hans Hösli erachtet es als richtig, zu rationalisieren und zu sparen wo immer dies möglich ist. Er fragt sich aber, ob dies hier an der richtigen Stelle und auf die richtige Art und Weise geschieht. Eine Verbindung zwischen Wasser und Abwasser gibt es natürlich, doch scheinen ihm die Verbindungen zwischen Kanalisation und Abwasser Strassen naheliegender und enger zu sein. Bei vielen Gemeinden ist die Wasserversorgung in den Werken integriert und deshalb separat. Es geht hierbei um Fachstellen und nicht um einen Bereich oder eine Abteilung. Wasser und auch Abwasser sind zwei wichtige Segmente und für Hans Hösli ist ein Grund für die Zusammenlegung dieser beiden Fachstellen nicht ersichtlich.

Bezüglich des zentralen Werkhofes schliesst er sich den Voten seiner Vorredner an. Auch Hans Hösli erinnert daran, dass das Volk den zentralen Forstwerkhof abgelehnt hat. Es ist zu hinterfragen, ob eine Zentralisierung in allen Belangen Sinn macht. Auch die Kostenfrage muss dabei berücksichtigt werden.

Hans Leuzinger, Gemeinderat

Der heutige Werkhof in Näfels ist zu klein, zudem ist er zweigeteilt, die eine Hälfte befindet sich beim Ochsenhügel, die andere Hälfte bei der Burg. Der Werkhof in Niederurnen ist eingeklemmt zwischen Bach und Häuser und dieser Zustand ist untragbar. Beim Werkhof Mollis ist die Lärmbelastung in der Nachbarschaft ein grosses Problem. Ein gewisser Zugzwang ist also unbestritten. Es braucht einen zentralen Werkhof in dem alles untergebracht werden kann und zwei Grosssammelstellen in den Bereichen Niederurnen und Näfels. Zusätzlich sollen Quartiersammelstellen für Glas und Büchsen in jedem Ortsteil eingerichtet werden. Um vernünftig arbeiten zu können, ist der Werkhof sehr wichtig.

Zur Priorisierung:

Hans Leuzinger begrüsst es, dass nur noch Prioritäten I. und II. enthalten sind. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass es bis zur Realisierung der Projekte in der Regel oftmals länger dauert. Einige fallen infolge von Einsprachen zurück, bei anderen gibt es Verzögerungen bei Bewilligungen etc., so dass andere Projekte vorgezogen werden müssen.

Deshalb erscheint es sinnvoll, dass die vorgeschlagenen Priorisierungen belassen werden. Nicht zuletzt wird damit auch ein gewisser Druck auf das Ressort ausgeübt.

Zur Zusammenlegung der Fachstellen Wasser und Abwasser:

Infolge der Frühpensionierung eines Fachstellenleiters ist es nun möglich, eine Fachstelle einzusparen. Im Gegenzug wird das Sekretariat aufgestockt. Daneben gibt es noch einen Brunnenmeister und zwei Wasserwarte, diese arbeiten sehr autonom. Bei der Fachstelle Wasser werden lediglich die Projekte zusammengeführt, der normale Unterhalt und die täglichen Arbeiten werden durch den Brunnenmeister geleitet. Die Projekte betreffen meistens Wasser und Abwasser und werden vom selben Ingenieurbüro betreut. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Bereiche Wasser und Abwasser von einem Fachstellenleiter geführt werden können und es damit möglich wird, erhebliche wiederkehrende Kosten einzusparen.

12. Ressort Liegenschaften

Keine Wortmeldung

B Öffentlich-rechtlich selbständige Anstalten Glarus Nord

Christoph Zürrer, Mollis, SP

Seine Verständnisfrage betrifft sowohl Punkt 1. Alters- und Pflegeheime Glarus Nord APGN als auch Punkt 2. Technische Betriebe Glarus Nord TBGN:

Bei beiden Anstalten sind die Massnahmen „Überarbeitung der Eigentümerstrategien“ und „Erarbeitung der Leistungsvereinbarung resp. Konzessionsvertrag“ aufgeführt. Christoph Zürrer versteht dies so, dass sich die Eigentümerstrategien auf eine Legislatur beziehen. An der morgigen Gemeindeversammlung wird, aus bekannten Gründen, über diejenige der letzten vier Jahre beschlossen, insofern ist der Termin 2014 richtig. Unklar ist jedoch der Termin 2018 für die Leistungsvereinbarung APGN und 2014 für den Konzessionsvertrag TBGN. Christoph Zürrer wünscht eine Erklärung, weshalb hier unterschiedliche Termine aufgeführt sind.

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Die Frage von Christoph Zürrer ist berechtigt. Es stehen jedoch keine weiteren Massnahmen an bis auf die Umsetzung der Leistungsvereinbarung bzw. Konzessionsvertrag. Darüber nimmt der Gemeinderat die Aufsicht wahr. Alles andere ist Aufgabe der entsprechenden öffentlich-rechtlichen Anstalt. Betreffend des angesprochenen Termins 2018 äussert Martin Laupper die Vermutung, dass eventuell zwischen dem Bereich Gesundheit und den APGN noch offene Punkte in der Leistungsvereinbarung zu regeln sind.

Hans Hösli, Mollis, SVP

Die Technischen Betriebe sind ein sehr wichtiger Bereich. Ein Vergleich des aktuellen mit dem letzten Legislaturplan zeigt, dass genau dieselben Leitsätze enthalten sind. Grundsätzlich können diese zwar übernommen werden, ein wichtiger Punkt sind jedoch auch die Finanzen. Bei den TBGN konnte man feststellen, dass sich die Gebühren bedeutend erhöht haben, dies scheint ein schleichender Prozess zu sein. Hans Hösli ist es ein Anliegen, dass bei den TBGN auch Leitsätze betreffend Finanzierung definiert werden, z.B. „Die Leistungen der Betriebe richten sich nach den Prinzipien des marktwirtschaftlichen Wettbewerbes“ und „Die Gebühren zu Lasten der Energieverbraucher sollen möglichst nicht höher sein als die schweizweit durchschnittlichen Preise“.

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Der Strommarkt wurde liberalisiert, vorerst für grössere Kunden ab 30'000 kWh. In diesem Bereich liegen die TBGN gut im Wettbewerb. Der Markt befindet sich momentan im Umbruch und die gesamte Stromwirtschaft steht vor einer grossen Herausforderung, die Liberalisierung des Marktes wird wohl auch für die Kleinkunden kommen. Auf der anderen Seite haben die TBGN mit den Netzen einen grossen Versorgungsauftrag. Die zentrale Aufgabe der TBGN ist die maximale Sicherstellung der Stromversorgung. Es ist selbstverständlich, dass diese Infrastrukturen Kostenbeiträge erhalten müssen, um die notwendigen Investitionen tätigen zu können. Zusammengefasst liegt Glarus Nord bezüglich Kosten für die Energieversorgung ganz vorn. Ziel ist jedoch nicht die Gewinnabschöpfung aus den TBGN zugunsten der Gemeinde.

In Rechnung gestellt werden lediglich die zur Verfügung gestellten Netzkosten, resp. das Durchleitungsrecht. Es liegt beim Verwaltungsrat, die Strategie festzulegen und die Ziele umzusetzen. Das Instrument des Gemeinderates ist der Konzessionsvertrag, dieser stellt die Leistungsvereinbarung zwischen der Gemeinde und der öffentlich-rechtlichen Anstalt dar.

Schlussabstimmung

Das Parlament beschliesst mehrheitlich gemäss Antrag des Gemeinderates, von der Legislaturplanung 2014 – 2018 des Gemeinderates und der Geschäftsleitung Kenntnis zu nehmen und diese zu genehmigen.

10. Interpellation Baugenehmigungsverfahren prov. Werkhalle Marengo

(Antwort Gemeinderat 05.06.2014; Interpellation 11.03.2014)

Am 11. März 2014 haben folgende Mitglieder des Gemeindeparlamentes die Interpellation „Baugenehmigungsverfahren für die provisorische Werkhalle der Marengo Swisshelicopter AG auf der Parzelle 1472 (Flugplatz Mollis) der Gemeinde Glarus Nord“ eingereicht:

- Ann-Kristin Peterson, Grüne
- Peter Kistler, SP
- Kurt Krieg, SVP
- Daniel Landolt, CVP
- Lorenzo Conte, GLP

Das Parlamentssekretariat hat die Interpellation am 14.03.2014 dem Gemeinderat zur Beantwortung zugestellt.

Der Gemeinderat verzichtet auf zusätzliche mündliche Ausführungen und eine Diskussion wird vom Parlament nicht verlangt.

Peter Kistler, Niederurnen, SP, Interpellant

Dankt dem Gemeinderat dafür, dass er mit seiner Antwort etwas Transparenz in eine unklare Situation gebracht hat. Peter Kistler ist der Meinung, dass ohne Interpellation diese Transparenz nicht zustanden gekommen wäre. Ob das Abweichen vom ordentlichen Bewilligungsweg zulässig war, gerade weil die baurechtlichen Voraussetzungen für den ordentlichen Weg nicht gegeben waren, stellt in der Beantwortung der Interpellation sogar der Gemeinderat selber in Frage. Er gibt zu, dass der Bogen doch etwas überspannt wurde, Zitat: „Tatsächlich kann das Meldeverfahren vom Verfahren her im Nachhinein in Frage gestellt werden“. Daraus müssen Lehren gezogen werden, dieses Vorgehen darf sich nicht wiederholen und das aktuell publizierte Baugesuch ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Jetzt muss noch die Angelegenheit Miete oder Baurecht korrekt gelöst werden. Dann ist auch die Verwirrung geklärt, welche der Gemeinderat in seiner Antwort zu Frage 6. verursacht hat, indem er von der Zusicherung eines Kaufrechts an die Marengo spricht. Es wurde jedoch nicht ein Kaufrecht, sondern ein Baurecht beschlossen. Um sicher zu stellen, dass jetzt der richtige Weg eingeschlagen wird, fordert Peter Kistler die GPK auf, diesem Thema im Rahmen ihrer Überprüfungen ein besonderes Augenmerk zu schenken.

11. Genehmigung eines Verpflichtungskredits von brutto CHF 600'000 für den Neubau der Waldstrasse, 1. Etappe Fooplanggen – Unterer Nüen, Mollis

(Antrag Gemeinderat 24.04.2014; Technischer Bericht Marty Ingenieure AG, Schwändi, 25.10.2014; Genehmigter Grundplan Wald- und Alpstrasse „Unterer Nüen - Rietegg, 29.07.2013; Bauplan 1. Etappe Neubau Strasse „Fooplangge – Unterer Nüen“, 23.03.2013; Bericht BRVK 23.05.2014)

Ende der 70-er Jahre wurde mit der Projektierung einer besseren Erschliessung im Gebiet Nüenalp – Rietegg begonnen. Diese wurde in vier Abschnitten projektiert. Abschnitt 1 und 2 sind bis Ende 1984 realisiert worden. Die geplanten Abschnitte 3 und 4 jedoch wurden aus verschiedenen Gründen bis heute nicht gebaut.

Für die Beratung des Geschäftes ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Eintretensdebatte
- Detailberatung
- Schlussabstimmung

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

Eintretensdebatte

Ann-Kristin Peterson, Niederurnen, Grüne, ehemalige Präsidentin BRVK

Die BRVK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 12.05.2014 behandelt, Eintreten war unbestritten. Dass dieses Projekt nicht neu ist, wurde bereits erwähnt. In der Vorstudie von 1997 kam man zum Schluss, dass die heutige Erschliessung ungenügend ist. Es dauerte jedoch weitere 15 Jahre bis ein neues Gesamtprojekt ausgearbeitet wurde. Dieses liegt nun vor: Neuerschliessung Nüenalp - Rietegg. Das Bauvorhaben wurde in 2 Etappen aufgeteilt, heute wird über den Verpflichtungskredit für die 1. Etappe von Fooplanggen bis unterer Nüen beschlossen. Die Resultate der Untersuchungen zu den Themen heutige Erschliessung, Alpwirtschaft, Naturgefahren und Forstwirtschaft sind dem Technischen Bericht zu entnehmen. Es gibt keine Bedenken oder Konflikte die gegen dieses Projekt sprechen würden, im Gegenteil, es besteht ein grosser Handlungsbedarf um die Naturgefahren wie Rutschungen, Erosionen, Hochwasserabflüsse, Rüfirunse zu reduzieren und um die Zugänglichkeit zur Alp Unterer Nüen, welche den ganzen Sommer über bewirtschaftet wird, wetterunabhängig zu gewährleisten und die Verbindung zum Dorf zu verbessern. Ebenfalls gibt es eine Verbesserung in der Holznutzung im Wald, welcher grösstenteils aus Schutzwald besteht. Grundsätzlich bringt eine Dauerwaldbewirtschaftung Lebensraum und Stabilität für den Wald und damit grosse Vorteile. Es sind folgende Bauvorhaben geplant: Neubau einer Alpstrasse zwischen Fooplanggen und dem bestehenden Jeepweg, Ausbau des Jeepweg bis Alp Unterer Nüen, Teilrückbau des bestehenden Jeepweg zwischen Fooplanggen und Unterer Nüen. Die zweite Etappe beinhaltet den Neubau der Forststrasse zwischen der Alp Unterer Nüen und Rietegg. Die genauen Beschreibungen sind im Technischen Bericht auf den Seiten 16 - 18 aufgelistet. Die Prüfung der Baugesuchsunterlagen durch den Kanton ist demnächst abgeschlossen. Mit der Realisierung wird erst begonnen, wenn die Zusage der Subventionen durch den Kanton vorliegt. Das Gesamtprojekt kostet CHF 1,2 Mio., die Details sind im Kostenvoranschlag auf Seite 23 ersichtlich. Jeweils CHF 600'000 sind in den Budgets 2014 und 2015 vorgesehen. Da nur ein Teil im Schutzwald liegt, wird das Projekt nur zu 80 % subventioniert, die restlichen 20 % werden der Forstreservekasse entnommen. Da es sich um ein Vorprojekt handelt, sind Abweichungen von +/- 20 % möglich. Die bisherigen Erfahrungen zeigen aber, dass die Kosten normalerweise im Budget liegen. Die BRVK, Gemeinderat Ruedi Menzi und Bereichsleiter Andreas Schärer kamen zum Schluss, dass im ersten Antrag des Gemeinderates der Titel ergänzt werden muss. Dies ist auch der Grund dafür, dass der Titel des Kommissionsberichtes nicht mit demjenigen des Gemeinderates identisch ist.

Die BRVK beschloss einstimmig, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen mit folgender Ergänzung in Punkt 1:

Der Verpflichtungskredit von Brutto CHF 600'000 für den Neubau der Waldstrasse (1. Etappe) Fooplanggen bis Unterer Nüen, Mollis, sei zu gewähren.

Zum allerletzten Mal bedankt sich Ann-Kristin Peterson als ehemalige Präsidentin der BRVK bei Gemeinderat, Bereichsleiter, Fachstellenleiter und Protokollführer für ihre Unterstützung. Vor allem dankt sie den Kommissionsmitgliedern für das Engagement bei der Behandlung und Beratung der vielen und sehr unterschiedlichen Projekten in den vergangenen vier Jahren.

Parlamentspräsidentin Gret Menzi stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung

Die Behandlung des Geschäftes erfolgt anhand des Kommissionsberichtes, Detailfragen zum Projekt sind im Antrag des Gemeinderates und im Technischen Bericht enthalten.

Keine Wortmeldung

Schlussabstimmung

Das Parlament beschliesst einstimmig gemäss den Anträgen der BRVK und des Gemeinderates:

1. Den Verpflichtungskredit von Brutto CHF 600'000 für den Neubau der Waldstrasse (1.Etappe) Fooplanggen bis Unterer Nüen, Mollis, zu gewähren.
2. Den Gemeinderat mit dem Neubau der 1. Etappe der Waldstrasse zu beauftragen.
3. Die Realisierung des Projektes erfolgt vorbehältlich der vollen Beiträge durch den Kanton Glarus.

12. Regelung Vertragsbedingungen Betreiberin Flugplatz Glarus Nord/Mollis

(Antrag Gemeinderat 28.05.2014)

Das Parlament hat an seiner Sitzung vom 21. November 2013 das Angebot der Airport Mollis AG angenommen und diese zur zukünftigen Betreiberin des Flugplatzes gewählt. Dies geschah mit materiellen Ergänzungen, u.a. stimmte das Parlament dafür, dass der Baurechtzins, welcher aus dem Baufeld für neue Bauten entlang des Rollweges erzielt wird, vollumfänglich der Gemeinde zugutekommen soll. Ebenso soll das Rollfeld, d.h. der Taxi-Way, der Bevölkerung zur Verfügung stehen, soweit dies nach Auflagen der zuständigen Behörden räumlich und auch zeitlich möglich ist. Diese vom Parlament nachträglich beschlossenen materiellen Änderungen gegenüber den Ausschreibungsunterlagen, welche vom Parlament an der Sitzung vom 21. Februar 2013 ohne Korrektur genehmigt wurden, haben für den Betreiber neue Spielregeln während eines laufenden Prozesses gebracht. Als Folge dieses Entscheides wurde zwischen Vertretern der Gemeinde und der Airport Mollis AG nach einer Lösung gesucht, welche die Bedingungen des Parlaments einerseits beinhalten und andererseits die Voraussetzungen für einen wirtschaftlich ausgeglichenen Betrieb des Flugplatzes ermöglichen. Diese Bedingungen wurden dem Präsidenten der Finanzaufsichtskommission präsentiert und im Anschluss innerhalb der Kommission diskutiert. Einen separaten Bericht gibt es dazu nicht, der Kommissionspräsident kann sich dazu mündlich äussern.

Für die Beratung des Geschäftes ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Eintretensdebatte
- Detailberatung
- Schlussabstimmung

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

Eintretensdebatte

Adrian Hager, Niederurnen, SVP, Präsident FAK

Die Finanzaufsichtskommission wurde vom Parlament beauftragt, dieses Geschäft zu begleiten. An der Sitzung vom 7. März 2014 mit Gemeindepräsident Martin Laupper und Peter Jaberg, Bärchtold & Moor AG, wurden die Lösungen präsentiert und die FAK konnte feststellen, dass die Entscheide des Parlaments vollumfänglich umgesetzt wurden. Was die Forderung bezüglich Taxi-Way betrifft, versicherte der Gemeinderat, dass er sich zu Gunsten der Bevölkerung einsetzen wird, der Entscheid liegt jedoch beim BAZL. Betreffend Baurechtszins konnte ein guter Kompromiss für beide Parteien gefunden werden, die Gemeinde wird CHF 250/m² für das Pachtland erhalten. Es steht dem neuen Betreiber des Flugplatzes frei, seinerseits diesen Betrag zu erhöhen, was gerechtfertigt wäre. Die Abgeltung des Restwertes war umstritten, eine Investitionsrisikoversicherung für den neuen Betreiber war nicht unbedingt erwünscht. Werterhaltende Massnahmen sind von der Restwertabgeltung nicht betroffen, es geht also nur um wertvermehrende Investitionen. Gemeindepräsident Martin Laupper gab bekannt, dass im Nutzungsvertrag, welcher in Bearbeitung ist, das Mitspracherecht der Gemeinde festgehalten wird. Die genaue Ausgestaltung ist noch offen, u.a. die Frage, wer dieses Mitspracherecht ausüben soll: Gemeinderat, Parlament oder Gemeindeversammlung.

Dieser Nutzungsvertrag wird zu gegebener Zeit dem Parlament vorgelegt. Adrian Hager hat sein grosses Anliegen beim Gemeindepräsidenten deponiert: Der Gemeinde muss zwingend ein Vetorecht zugestanden werden. Es kann nicht sein, dass die Gesellschaft grosse Investitionen tätigt und die Gemeinde das Risiko tragen muss.

Im Namen der FAK beantragt Adrian Hager, die vereinbarten Regelungen zwischen der Gemeinde und der Betreiberin gemäss Antrag des Gemeinderates zu akzeptieren.

An dieser Stelle dankt er Gemeindepräsident Martin Laupper dafür, dass die Anliegen des Parlaments aufgenommen und im Sinne der Gemeinde eine gute Lösung gefunden werden konnte.

Parlamentspräsidentin Gret Menzi stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung

Das Geschäft wird anhand des Antrages des Gemeinderates beraten.

1. Ausgangslage

Keine Wortmeldung

2. Materielles

Ann-Kristin Peterson, Niederurnen, Grüne

Die Fraktionen SP und Grüne haben die Abklärungen des Gemeinderates zur Kenntnis genommen. Sie bedanken sich dafür und sind grundsätzlich mit dem weiteren Vorgehen einverstanden.

Anmerkung zu 2.2 Benutzung Taxi-Way: Hier ist der Eindruck entstanden, dass der Gemeinderat den Willen der Bevölkerung zu wenig berücksichtigt. Die Bevölkerung erwartet ein freies Rollfeld, das offen ist für Fussgänger, Velos etc. Der Flugplatz soll weiterhin als Naherholungsgebiet genutzt werden können. Eine Barriere beim Rollfeld müsste möglich sein, dies wurde damals von Vertretern des SIL und BAZL bei der Kick-off-Veranstaltung im Mai 2007 bestätigt. Beim Flugplatz Buochs, welcher vom Militärflugplatz zum Zivilflugplatz umfunktionierte, ist eine Barriere erstellt worden, diese kann vom Turm und vom Flugzeug aus bedient werden. Bei der Auflage des BAZL gibt es mehrere Möglichkeiten.

Die Fraktionen SP und Grüne sind der Meinung, dass so wenig wie möglich und so viel wie nötig gemacht werden sollte. Adrian Hager hat zuvor bestätigt, dass sich der Gemeinderat dafür einsetzen wird, dass das Rollfeld frei bleibt. Deshalb sollte die hervorgehobene Priorität in Punkt 2.2 eher lauten: „Ein für den Langsamverkehr zugängliches Rollfeld hat absolute Priorität unter Berücksichtigung der Sicherheit“. Wenn das Nutzungsreglement vorliegt, wird diesem Punkt von Seiten der Fraktionen SP und Grüne besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Freut sich, dass gemeinsam ein guter Weg in dieser Sache gefunden werden konnte. Der Nutzungsvertrag wird das zentrale Papier darstellen und für dessen Ausarbeitung wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welcher auch das Parlamentsmitglied Adrian Hager angehören wird.

Martin Laupper versichert die Absicht des Gemeinderates, dass alles Machbare unternommen wird in Bezug auf den Naherholungsraum und die Nutzung des Taxi-Way. Er erklärt aber auch offen, dass die Sicherheit die absolute Priorität genießt. Die vorhandenen Ideen müssen weiterentwickelt und mit dem BAZL abgeklärt werden. Martin Laupper betont, dass kein einziger Interessent bereit sein wird, auf einem Zivilflugplatz, auf welchem die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen fehlen, ein Fluggerät zu bewegen, wenn er die Haftung übernehmen muss. Es ist unglaublich, wie unvorsichtig sich Menschen verhalten. Bereits heute besteht ein grosses Risiko, weil viele Leute keinerlei Verständnis für Massnahmen haben, die allein zu ihrem Schutz bestehen.

Letztendlich geht es um eine Interessensabwägung, diese Diskussion wird geführt werden müssen. Die Sicherheit geht jedoch immer vor, ein Menschenleben darf auf keinen Fall aufs Spiel gesetzt werden.

3. Erläuterungen

Keine Wortmeldung

Schlussabstimmung

Das Parlament beschliesst mehrheitlich gemäss Antrag des Gemeinderates:

Von den vereinbarten Regelungen zwischen der Gemeinde Glarus Nord und der Betreiberin Airport Mollis AG hinsichtlich der vom Gemeindepapament vorgegebenen Einschränkungen wird positiv Kenntnis genommen.

13. Reduktion der Arbeitsplatzgebiete gemäss GRIP

(Antrag Gemeinderat 27.05.2014; Bericht STW 14.04.2014: Potentielle Reduktion der Arbeitsplatzgebiete gemäss GRIP; Auftrag aus der zweiten Lesung des Parlamentes zum GRIP vom 13.03.2014)

Zu diesem Geschäft begrüsst die Vorsitzende Christoph Zindel vom Planungsbüro STW, er steht für fachliche Auskünfte zur Verfügung.

Bei der 2. Lesung des Gemeinderichtplans an der Parlamentssitzung vom 13. März 2014 sind folgende Beschlüsse gefasst worden:

- Das Parlament stimmte dem Antrag von Franz Landolt mehrheitlich zu und hat beschlossen, dass ca. 10 ha Industrieland zusätzlich in die Landwirtschaftszone zurückgezont werden müssen.
- Das Parlament hat einstimmig beschlossen, den Gemeinderat mit der Ausarbeitung eines Vorschlages betreffend Rückzonung von ca. 10 ha Industrieland zu beauftragen. Der Vorschlag des Gemeinderates, wo entsprechende Flächen um- oder ausgezont werden können, soll erneut dem Parlament zum Entscheid vorgelegt werden.

Für die Beratung des Geschäftes ist folgender Ablauf vorgesehen:

- Eintretensdebatte
- Detailberatung
- Schlussabstimmung

Das Wort zum Vorgehen wird nicht verlangt.

Eintretensdebatte

Keine Wortmeldung, die Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung

Hans Leuzinger, Gemeinderat

Der Gemeinderat hat den Auftrag des Parlaments wahrgenommen und zusammen mit dem Planungsbüro STW 11 verschiedene Vorschläge ausgearbeitet. Die einzelnen Varianten gemäss vorliegendem Bericht der STW erläutert Hans Leuzinger anhand einer Präsentation.

Die Beratung des Geschäfts erfolgt anhand des Antrages des Gemeinderates und des Berichtes der STW.

Christian Beglinger, Mollis, GLP

Im Antrag ist zu lesen, dass ca. 10 ha Landwirtschaftsland zurückgezont wird. Gewisse Flächen sind jedoch noch gar nicht eingezont, beispielsweise das Land beim Flugplatz Mollis. Wie ist das Ganze zu verstehen?

Hans Leuzinger, Gemeinderat

Bestätigt die Aussage von Christian Beglinger, gewisse Flächen sind noch nicht eingezont. Diese sind jedoch im GRIP dafür vorgesehen. Die definitive Einzonung geschieht jedoch erst mit dem Abschluss der Nutzungsplanung, welche im nächsten Jahr vorgesehen ist.

Rita Nigg, Bilten, CVP

Im Namen der CVP-Fraktion dankt sie für die sehr ausführliche und speditive Beantwortung. Es ist nicht selbstverständlich, innerhalb dieser kurzen Zeit ein solch umfangreiches Dokument vorgelegt zu bekommen.

Der damalige Antrag der Fraktion CVP/GLP lautet gemäss Protokoll der Parlamentssitzung: *Falls der Umzonung für die Eternit zugestimmt wird, muss der Gemeinderat zwingend 10 ha Industrieland zusätzlich in die Landwirtschaftszone zurückzonen.* Leider ging im Antrag des Gemeinderates die klar formulierte Bedingung, die Rückzonung nur vorzunehmen, falls der Umzonung für die Eternit, schlussendlich von der Gemeindeversammlung, zugestimmt wird, verloren. Die Fraktion teilt die Meinung des Gemeinderates, dass nun die Gefahr besteht, dass die Umzonung für die Eternit abgelehnt, jedoch die Rückzonung der 10 ha bestehen bleibt. Dies würde für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde Glarus Nord grosse Nachteile bringen. Aus diesem Grund unterstützt die Fraktion grundsätzlich den Antrag des Gemeinderates, die Rückzonung zurückzuweisen. Gleichzeitig stellt sie aber folgenden Antrag:

Punkt 2. Neu: Der Gemeinderat behält sich vor, der Gemeindeversammlung eine Rückzonung von 10 ha Industrieland vorzuschlagen, falls die Umzonung für die Eternit dadurch angenommen werden kann.

Das zur Verfügung gestellte Dokument, welches die Möglichkeiten für eine eventuelle Rückzonung und die damit verbundenen Konsequenzen im Detail aufzeigt, wird auch sehr hilfreich sein für die Behandlung des GRIP an der Gemeindeversammlung.

Fridolin Dürst, Obstalden, FDP

Unterstützt den Antrag des Gemeinderates und plädiert dafür, den Antrag von Franz Landolt auf Rückzonung von zusätzlich 10 ha Industrieland abzulehnen.

Im vorliegenden GRIP sind bereits rund 20 ha Industrie-, Gewerbe- und Bauland für Wohnzwecke nicht mehr als Bauland vorgesehen und diese sollen der Landwirtschaftszone zugewiesen werden. Eine Rückzonung von weiteren 10 ha Industrieland würde die zukünftige Entwicklung der Gemeinde empfindlich treffen. Aus Sicht der FDP/BDP-Fraktion wäre dieser Preis für die Einzonung im Riet zugunsten der Eternit Schweiz AG zu hoch und nicht zu verantworten. Die betreffende Fläche im Riet wurde explizit nur für einen Neu- und Erweiterungsbau für die Eternit Schweiz AG vorgesehen.

Auf dem bestehenden Eternit-Areal würden andererseits rund 17 ha Bauland für eine andere Nutzung zur Verfügung stehen.

Mit der Ablehnung des Antrages von Franz Landolt wird eine weitere zukunftsweisende Entwicklung in der Gemeinde Glarus Nord ermöglicht.

Alfred Hefti, Mollis, SVP

Die SVP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den Antrag von Franz Landolt.

Das ausgearbeitete Dokument kostete Zeit und Geld. Es gilt nun einfach, die richtigen Parzellen zurückzuzonen und nicht unbedingt das meist frequentierte „Filetstück“ in der Biäsche.

Franz Landolt, Näfels, GLP

Bedankt sich beim Gemeinderat für die ausführlichen und guten Unterlagen und unterstützt den Antrag des Gemeinderates, die Rückzonung von ca. 10 ha Industrieland abzuweisen. In diesem Sinne zieht Franz Landolt seinen Antrag, welchen er anlässlich der 2. Lesung des GRIP gestellt hat, zurück.

Im Protokoll der Parlamentssitzung vom 23. Januar 2014 ist folgender Beschluss festgehalten: *Das Parlament stimmt dem Antrag der Fraktion CVP/GLP mehrheitlich zu und beschliesst: Der GRIP wird heute erst in einer ersten Lesung behandelt, eine zweite Lesung ist zwingend notwendig. An dieser Sitzung soll nur der GRIP auf der Traktandenliste stehen. Als zusätzliche Unterlagen müssen die vom Regierungsrat neu ausgeschiedenen Fruchtfolgeflächen bekannt und in einem Plan eingezeichnet sein.* Dieser Teil des Beschlusses wurde umgesetzt.

Falls dem für die Eternit ausgeschiedenen Areal in der Rietbruggwies zugestimmt wird, soll sich der Gemeinderat Gedanken darüber machen, wo zurzeit noch ca. 10 ha Industrieland wieder der Landwirtschaftszone abgegeben werden können. Dieser Antrag steht in direktem Zusammenhang mit der Bodenabgabe im Riet an die Eternit resp. Swisspor. Nur wenn dieser Abgabe zugestimmt wird, soll man sich Gedanken über eine weitere Rückzonung machen.

Franz Landolt beteuert, dass hinter seinem Antrag redliche Absichten standen, dem Gemeinderat sollte zusätzlicher Verhandlungsspielraum geschaffen werden, um dieses Geschäft besser vertreten zu können. Nun hat sich das Ganze aber in eine falsche Richtung entwickelt und ein Teil der Schuld sieht Franz Landolt auch bei sich selber. Der Gemeinde sollten keine zusätzlichen Kosten entstehen und keinesfalls sollte der Gemeinde der Spielraum bezüglich Entwicklung entzogen werden. Falls der Umzonung des Riet für die Eternit und Swisspor nicht zugestimmt werden sollte, ist auch die zusätzliche Rückzonung kein Thema mehr ist. Es ist jedoch eine Tatsache, dass Eternit und Swisspor für eine Weiterentwicklung rund 20 ha Land benötigen. Geplant sind neue Abläufe, Rationalisierungen, Zusammenlegungen, Synergiennutzung und nicht zuletzt neue Produktionen. Mit einer Teillösung ist weder der Eternit noch der Gemeinde geholfen. Fridolin Dürst hat es auch bereits angesprochen, die Eternit/Swisspor könnten im Gebiet Niederurnen – Oberurnen – Bilten gesamthaft ca. 20 ha Boden für andere Nutzungen retour geben.

Kurt Krieg, Niederurnen, SVP

Der Antrag von Franz Landolt hatte damals einen grossen Einfluss auf die knapp ausgefallene Abstimmung. Deshalb soll an diesem Antrag festgehalten werden.

Christoph Zürrer, Mollis, SP

Zeigt sich über das Votum von Franz Landolt enttäuscht aber nicht überrascht. Christoph Zürrer geht nach den Worten von Alfred Hefti davon aus, dass er am Antrag von Franz Landolt festhalten will. Andernfalls ist Christoph Zürrer bereit, diesen Antrag selber zu stellen.

Bei der damaligen Beratung dieses Geschäftes war klar, dass es sich um eine Bedingung handelt. Falls die Eternit den Boden bekommt, wird dafür an anderer Stelle 10 ha zurückgezont. Diese Bedingung muss auch ganz klar im Gemeindeversammlungsbulletin festgehalten werden. Für Christoph Zürrer ist der Bedarf der Eternit sichtbar und er ist auch nicht grundsätzlich gegen diese Firma. Andererseits verlangt die Eternit sehr viel und es ist für die Gemeinde leider nicht möglich, alle Forderungen zu erfüllen, der Boden ist nicht unbegrenzt vorhanden. Dies ist eine Tatsache und darf nicht vergessen werden. Den Antrag von Franz Landolt einfach fallen zu lassen ist undenkbar, es muss jetzt ein klarer Entscheid gefällt werden.

Für Christoph Zürrer steht fest, dass er nur Hand zur Erweiterung der Eternit bietet, wenn dafür die geforderte Gegenleistung erfolgt. Der heute gestellte Antrag von Rita Nigg ist für Christoph Zürrer kaum umsetzbar.

Katia Weibel, Näfels, SP

Weist darauf hin, dass ein bereits beschlossener Antrag nicht mehr zurückgezogen werden kann.

Gabriela Meier, Niederurnen, FDP

Unterstützt Fridolin Dürst und beantragt gemäss Gemeinderat, den Antrag von Franz Landolt auf Rückzonung von 10 ha Industrieland abzuweisen.

Über die wirtschaftliche Bedeutung der Eternit Schweiz AG für die Gemeinde Glarus Nord wurde bereits ausführlich diskutiert. Gabriela Meier erinnert die Parlamentsmitglieder daran, dass vor gut einer Stunde dem Legislaturplan 2014 – 2018 zugestimmt wurde. Darin sind auf Seite 4 unter dem Ressort Präsidiales, Wohnort- und Wirtschaftsförderung folgende Leitsätze aufgeführt: *Wir streben ein nachhaltiges, wertschöpfendes und wirtschaftliches Wachstum an und Unseren Unternehmen tragen wir Sorge*. Gabriela Meier bittet das Parlament dafür zu sorgen, dass diese Leitsätze nicht nur reine Lippenbekenntnisse bleiben.

Hans Hösli, Mollis, SVP

Auf ihn wirkt die Situation wie ein Schildbürgerstreich und er muss Christoph Zürrer in dieser Hinsicht Recht geben. Franz Landolt stellte an der damaligen Parlamentsitzung den Antrag auf die Schaffung von Ersatzland.

In der Folge kam es bei der Abstimmung zu einem sehr knappen Entscheid zugunsten der Eternit. Dieser Entscheid kam nur dadurch zustande, dass dafür Ersatzland in Aussicht gestellt wurde. Hans Hösli gibt zu bedenken, dass qualitatives und quantitatives Wachstum nicht unbedingt dasselbe ist.

Hans Hösli stellt einen Ordnungsantrag in Aussicht, falls dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt und die Rückzonung von 10 ha abgewiesen wird. Es soll nicht noch einmal eine Basisdiskussion über die Grundsatzfrage betreffend dem Boden östlich der Bahnlinie geführt werden. Darüber wurde in den beiden Lesungen genügend debattiert und die Meinungen sind gemacht. Aber auf den Beschluss muss noch einmal zurückgekommen werden. Das Parlament muss noch einmal darüber abstimmen können, ob dieser Boden an die Eternit abgegeben werden soll oder nicht. Schlussendlich liegt zwar der Entscheid bei der Gemeindeversammlung, aber das Parlament muss dazu ein Signal senden.

Hans Hösli überlässt es der Parlamentspräsidentin, wann sie den Ordnungsantrag zur Abstimmung bringen will.

Patrik Noser, Oberurnen, CVP

Er spürt, dass viele Parlamentarier dieselbe Richtung einschlagen. Entscheidend ist jedoch, wie die Meinungen an der Gemeindeversammlung zustande kommen. Wenn jetzt der Boden der Eternit belassen wird und gleichzeitig bereits vorgängig 10 ha Industrieland zurückgezont werden, könnte folgende Situation entstehen: An der Gemeindeversammlung erfolgt ein Antrag, die Eternit nicht umzuzonen. Wenn die Stimmbürger diesem Antrag zustimmen würden, hat die Gemeinde in doppeltem Sinn verloren. Ausser es würde ein Antrag folgen, die jetzt zurückgezonten 10 ha wieder einzuzonen, dann wäre das Chaos perfekt.

Die von Christoph Zürrer erwähnte Bedingung/Verknüpfung ist im Moment verloren. Wenn jetzt der Rückzonung der 10 ha zugestimmt wird, wäre der GRIP aus „einem Guss“, dies muss jedoch vom Stimmbürger auch so verstanden werden. Der Stimmbürger hat aber immer noch die Möglichkeit, einzelne Änderungen vorzunehmen, so dass die Bedingung verloren gehen würde. Patrik Noser empfiehlt, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Ob der Vorbehalt, welcher die CVP in ihrem Antrag stellt, überhaupt durchführbar ist, sei dahingestellt. Es muss jetzt ein Entscheid für die Zukunft der Gemeinde gefällt werden und die Gefahr ist gross, dass das Manöver in einer Sackgasse endet.

Adrian Hager, Niederurnen, SVP

Seiner Ansicht nach ist der Ordnungsantrag von Hans Hösli nicht statthaft. Das Geschäft „Einzonung Eternit“ war nicht traktandiert und kann heute nicht beraten und zur Abstimmung gebracht werden.

Martin Laupper, Gemeindepräsident

Hat bereits zu einem früheren Zeitpunkt darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um die eigentliche Schlüsselfrage in der Richtplanung handelt. Einerseits gibt es eine grosse Unternehmung mit rund 400 Arbeitnehmern, welche den Standort Niederurnen als ideal bezeichnet und ein Commitment zu unserer Region abgegeben hat. Bedingung ist, dass sie den Raum bekommt, welchen sie benötigt. Andererseits verfügt die Gemeinde Glarus Nord über keine Arbeitsplatzzonen mehr, wenn zusätzlich 100'000 m² ausgezont werden. Es kann somit keine Entwicklung mehr stattfinden. Für neue Unternehmungen bestünde in nächster Zukunft keine Möglichkeit einer Ansiedlung in Glarus Nord. Es gibt nicht nur die eine oder andere Seite, die Situation muss gesamtheitlich betrachtet werden. Aus dieser Sicht stellt sich die Frage, ob ein innovatives Unternehmen in der Grössenordnung der Eternit und mit dem bekannten Hintergrund wegen der Standortfrage gefährdet werden soll. Dies ist die eigentliche Kernfrage, die gestellt werden muss. Persönlich möchte Martin Laupper dies nicht verantworten. Er würde aber auch nicht auf die Karte setzen, die Entwicklung allein von einer Grossunternehmung abhängig zu machen und auf die KMU zu verzichten. Am Schluss geht es darum, Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern, dies ist der Motor um die vorhandenen Infrastrukturen zu finanzieren und den sozialen Wohlstand zu erhalten. Das Problem des Kanton Glarus besteht darin, dass er finanziell stark von anderen Kantonen (Lastenausgleich) abhängig ist. Sollte die Eternit die Gemeinde verlassen, sind davon auch diverse Zulieferanten mit weiteren Arbeitsplätzen betroffen.

Martin Laupper hat Verständnis und sieht es positiv, dass Franz Landolt seinen Antrag aufgrund der neuen Ausgangslage und der vorliegenden Fakten zurückgezogen hat.

In seiner Verantwortung als Gemeindepräsident empfiehlt Martin Laupper dringend, den Entscheid, ob die Eternit die Bahnlinie überschreiten soll, der Gemeindeversammlung zu überlassen.

Diesen Entscheid müssen die Stimmbürger am Schluss verantworten und er soll objektiv gefällt werden können und nicht durch einen parlamentarischen Entscheid allzu stark vorbelastet werden.

Hanspeter Hertach, Niederurnen, SVP

Franz Landolt erwähnte, dass die Eternit noch Land hat, welches sie zurückgeben kann. Was bedeutet dies genau?

Franz Landolt, Näfels, GLP

Im Gebiet Niederurnen – Oberurnen - Bilten nutzt die Eternit gesamthaft 20 ha Land. In Zukunft will die Eternit jedoch nicht „den Fünfer und das Weggli“. Wenn die Firma die Gelegenheit bekommt, im Riet die Unternehmen Eternit und Swisspor zusammenzufassen, würde der andere Teil sukzessive bis zu den 20 ha an die Gemeinde retour gegeben. Das genaue Vorgehen dazu ist noch nicht bekannt, dies müsste noch eingehend diskutiert werden. Die Absicht und der Wille dazu sind seitens der Eternit auf jeden Fall vorhanden.

Alfred Hefti, Mollis, SVP

Unterstützt nach wie vor den Antrag von Franz Landolt und kommt zurück auf das Votum des Gemeindepräsidenten. Alfred Hefti betont, dass er sich nicht zur Eternit geäussert hat, er ist auch nicht gegen dessen Entwicklung. Die Eternit verlässt 20 ha Land und geht dafür auf die grüne Wiese mit 20 ha. Darüber entscheidet der Souverän. Dannzumal möchte er einbringen, dass eine Mehrwertabschöpfung des Landes, welches verlassen wird, an die Gemeinde abgegolten wird. Dies analog der Aussiedlung eines Landwirtes in Näfels. Vielleicht wird die Eternit dann einen besseren Businessplan vorlegen, wobei Alfred Hefti anmerkt, dass er überhaupt noch keinen Businessplan der Eternit gesehen hat. Eventuell entscheidet sich das Unternehmen dann auch dafür, da zu bleiben wo sie ist. Dies bedeutet keine Gegenentwicklung, es ist das Recht des Stimmbürgers über die Richtung und die Kosten zu bestimmen.

Elisabeth Schnyder, Bilten, SVP

Wenn die 10 ha Land erst einmal zurückgezont sind und dies das einzige Land war, über welches die Gemeinde verfügen konnte, was soll dann in Zukunft geschehen? Wird dann wieder frisches Land eingezont? Sie weist dabei auf die Situation in Bilten insbesondere den Tschachen hin.

Hans Leuzinger, Gemeinderat

Weist auf die in der Präsentation aufgezeigten Kosten hin. Jede der vorgestellten Varianten wird der Gemeinde Verluste von CHF 10 – 20 Mio. oder nicht realisierten Gewinn in dieser Grössenordnung verursachen. Betreffend Mehrwertabschöpfung merkt Hans Leuzinger an, dass diese im neuen Raumentwicklungs- und Baugesetz gesetzlich verankert ist. Bei einer Einzonung ist eine Mehrwertabschöpfung zwingend.

Parlamentspräsidentin Gret Menzi stellt fest:

Der Ordnungsantrag von Hans Hösli kann nicht behandelt werden, das Geschäft „Eternit“ wurde im Rahmen des GRIP an zwei Lesungen behandelt und beschlossen und kann nicht erneut zur Abstimmung gebracht werden.

Franz Landolt hat seinen Antrag auf Rückzonung von 10 ha Industrieland zurückgezogen. Alfred Hefti und Christoph Zürrer haben den Antrag jedoch unterstützt und wollen ihn aufrechterhalten.

Die Vorsitzende fragt das Parlament an, ob über den Antrag in der neuen Formulierung abgestimmt werden soll. Der 1. Punkt des Antrages des Gemeinderates würde dann wie folgt lauten: *Der Antrag von Alfred Hefti und Christoph Zürrer auf Rückzonung von ca. 10 ha Industrieland sei abzuweisen.*

Patrik Noser, Oberurnen, CVP

Er erwartet knappe Entscheide bei den folgenden Abstimmungen und stellt den Ordnungsantrag, auch die Stimmenthaltungen durch das Büro zählen zu lassen.

Beschluss

Das Parlament stimmt dem Ordnungsantrag von Patrik Noser mehrheitlich zu.

Das Parlament ist mit dem Vorschlag der Vorsitzenden einstimmig einverstanden, den 1. Punkt des Antrages des Gemeinderates in abgeänderter Form zur Abstimmung zu bringen.

Schlussabstimmung

Das Parlament beschliesst mit 15 : 14 Stimmen und 2 Enthaltungen, folgenden Antrag des Gemeinderates (in neuer Formulierung) abzulehnen:

1. Der Antrag von Alfred Hefti und Christoph Zürrer auf Rückzonung von ca. 10 ha Industrieland sei abzuweisen.

Der Antrag der CVP: *Der Gemeinderat behält sich vor, der Gemeindeversammlung eine Rückzonung von 10 ha Industrieland vorzuschlagen, falls die Umzonung für die Eternit dadurch angenommen werden kann* wird als hinfällig erklärt.

Punkt 2 des Antrages des Gemeinderates lautet:

2. Sollte das Parlament am Antrag von Alfred Hefti und Christoph Zürrer festhalten, würde der Gemeinderat einen Entscheid für die Varianten 2B1, 2B2 oder 2B3 empfehlen.

Alfred Hefti

Beantragt, gemäss Variante 2B1 zurückzuzonen, damit kommt er dem Vorschlag des Gemeinderates entgegen. Alfred Hefti erachtet dies als ideale Lösung.

Rita Nigg

Stellt einen Ordnungsantrag: Sie beantragt eine 10-minütige Pause, damit sich die Fraktionen beraten können.

Beschluss

Das Parlament lehnt den Ordnungsantrag von Rita Nigg mehrheitlich ab. Auf eine Pause wird verzichtet und die Verhandlungen fortgeführt.

Franz Landolt, Näfels, GLP

Beantragt, die Varianten T1, T19 und T20 zu prüfen.

Bei den diversen 2B-Varianten geht es darum, von den 20 ha welche der Eternit abgegeben werden wieder 10 ha zurückzuzonen. Damit kann die Eternit nicht leben. 10 ha sind für die Realisierung ihrer Absichten zu wenig. Seine vorgeschlagenen Varianten beinhalten in T1 und T19 den Tschachen in Bilten und in T20 den öffentlichen Raum nördlich der Lintharena sgu, zusammen sind dies rund 7 ha. Diese Variante hat den Vorteil, dass sämtlicher Boden Fruchtfolgeflächen darstellen, also von sehr hohem Nutzen und im Eigentum der Gemeinde sind. Mit dieser Lösung kann höchstens der entgangene Gewinn der Gemeinde aufgerechnet werden.

Schlussabstimmung

Die beiden Anträge von Alfred Hefti und Gemeinderat auf Variante 2B1 und von Franz Landolt auf die Varianten T1, T19 und T20 werden einander gegenübergestellt. Die abgegebenen Stimmen verteilen sich wie folgt:

Variante 2B1	15
Varianten T1, T19, T20	14
Enthaltungen	2

Das Parlament wählt mit 15 : 14 Stimmen und 2 Enthaltungen Variante 2B1 und entscheidet sich somit für eine der drei Varianten, welche der Gemeinderat empfohlen hat.

Schlussabstimmung

Das Parlament beschliesst mehrheitlich gemäss Antrag des Gemeinderates Punkt 3:

3. Der Entscheid sei im GRIP zu berücksichtigen und der Gemeindeversammlung vorzulegen.

14. Umfrage**Mitteilungen und Anfragen**Ruedi Schwitter, Gemeinderat

Lädt die Anwesenden herzlich ein, am 16. August 2014 am Tag der offenen Tür des neu sanierten Feuerwehr-Depot Niederurnen teilzunehmen. Weil das Budget etwas unterschritten wurde, erlaubt dies dem Gemeinderat, Wurst und Brot zu offerieren. Ruedi Schwitter wird allen Interessierten nach der Sitzung entsprechende Bons abgeben.

Hans Leuzinger, Gemeinderat

Erinnert an die morgige schwerwiegende Gemeindeversammlung. Angesichts der Tatsache, dass die Anträge für die Überbauungspläne vom Parlament und Gemeinderat stammen, bittet Hans Leuzinger die Parlamentsmitglieder um tatkräftige Unterstützung bei der Behandlung der Geschäfte an der Gemeindeversammlung.

Zum Schluss

Parlamentspräsidentin Gret Menzi verabschiedet Marco Kistler, er nahm heute zum letzten Mal als Gemeinderat an einer Parlamentssitzung teil. Ihm gebührt ein grosser Dank im Namen des Parlamentes für sein Engagement in der Aufbauphase der neuen Gemeinde Glarus Nord. Mit dem Ressort Gesundheit, Jugend und Kultur hat Marco Kistler ein neu geschaffenes Ressort übernommen, welches es in dieser Form in den ehemaligen Gemeinden noch nicht gab. Die Vorsitzende dankt Marco Kistler herzlich und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Gemeinderat Hans Leuzinger hat es bereits angesprochen: Die Gemeindeversammlung findet am Freitag, 20 Juni 2014, 19.30 Uhr statt.

Abschliessend dankt Parlamentspräsidentin Gret Menzi für das engagierte Mitmachen und lädt Alle dazu ein, den Abend beim anschliessenden gemeinsamen Apéro noch etwas zu geniessen.

Nächste Parlamentssitzung

Die nächste Parlamentssitzung Glarus Nord findet am Donnerstag, 28. August 2014, 17.30 Uhr statt.

Schluss der Sitzung: 21.10 Uhr

Die Parlamentspräsidentin:



Gret Menzi

Die Parlamentssekretärin



Doris Fischli